

Vertrag
über die Erbringung
von Verkehrsleistungen als Unterauftragnehmer
(Kraftfahrzeuge)

Ausschreibung: VGP-UAG-2026-001

Los: _____

Zwischen der

Verkehrsgesellschaft Prignitz mbH
Berliner Straße 49
19348 Perleberg

-nachstehend „VGP“, „AG“ oder „Auftraggeber“ genannt-

und

-nachstehend „Auftragnehmer“ oder „AN“ genannt-

-zusammen auch „Vertragspartner“ genannt-

wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Gegenstand des Vertrages	1
§ 2	Qualitätsstandards	2
§ 3	Vertragsdauer	2
§ 4	Zustand der Fahrzeuge.....	4
§ 5	Instandhaltung und Wartung der Fahrzeuge	5
§ 6	Indienst und Außerdienststellung von Fahrzeugen	5
§ 7	Personal	5
§ 8	Einsatz neuen Personals	7
§ 9	Pflichten des Personals	8
§ 10	Fahrausweise und Abrechnung	8
§ 11	Ersatzgestellung und Betrieb	9
§ 12	Vergütung	11
§ 13	Abzugspositionen	12
§ 14	Haftpflcht.....	14
§ 15	Versicherung.....	14
§ 16	Berichtswesen; Kontrollrechte.....	15
§ 17	Zusammenarbeit.....	15
§ 18	Geheimhaltung / Datenschutz.....	15
§ 19	Gerichtsstand.....	16
§ 20	Schlussbestimmungen.....	16
	Verzeichnis der Anlagen zum Vertrag	17

§ 1 Gegenstand des Vertrages

(1) Der Auftragnehmer erbringt für den Auftraggeber Verkehrsleistungen im Bedarfsverkehr (Anruf-Linientaxi oder Rufbus) durch den Einsatz von Kraftfahrzeugen und setzt hierfür die in **Anlage 2** näher bezeichneten Kraftfahrzeuge zur Personenbeförderung mit Fahrer für den Einsatz im Linienbedarfsverkehr der VGP ein. Der Einsatz hat nach den jeweiligen Fahr- und Umlaufplänen der VGP zu erfolgen. Die Fahrleistungen sind als **Anlage 1** beigefügt.

(1a) Der Fahrzeugeinsatz im Fahrgastbetrieb durch den Auftragnehmer auf den vertragsgegenständlichen Linien im linienbezogenen Bedarfsverkehr mit Ein- und Ausstieg ausschließlich an den im Fahrplan definierten Haltestellen erfolgt ausschließlich auf telefonische Anmeldung des Fahrgastes bei der VGP, wobei insgesamt bis zu drei Fahrtenwünsche von der VGP gepoolt werden können (dabei gilt: ein Fahrtenwunsch = ein Fahrgast). Die VGP übermittelt den Bestellwunsch mit Angabe der betroffenen Linie, der Fahrtrichtung, Zugangs- und Ausstiegshaltestelle, Wunsch auf barrierefreie Beförderung sowie der konkreten Linienfahrt telefonisch, später perspektivisch auch über eine internetgestützte Buchungsplattform, an den Auftragnehmer. Der Auftragnehmer teilt der VGP dazu vorab die Telefonnummer mit, unter der er während der Betriebszeiten zzgl. zweier (2) Stunden vorher und nachher verpflichtend erreichbar ist. Kommt eine internetgestützte Buchungsplattform zum Einsatz, wird die VGP dem Auftragnehmer die Software inkl. etwaig erforderlicher Lizenzrechte rechtzeitig zur Verfügung stellen sowie den Auftragnehmer entsprechend schulen. Wegen der Schnittstellendefinition und der Systemvoraussetzungen werden die Vertragspartner sich rechtzeitig vorab abstimmen.

(2) Leistungsstörungen, Personenschäden und andere Vorkommnisse sind umgehend der VGP zu melden. Leistungsstörungen, welche der Auftragnehmer zu vertreten hat, sind unverzüglich durch diesen zu beseitigen.

(3) Der Auftragnehmer muss über die gesamte Vertragslaufzeit als Ausweis seiner Eignung als Personenbeförderungsunternehmer über eine gültige Genehmigung nach dem Personenbeförderungsrecht gemäß §§ 42 ff PBefG verfügen, wobei eine Genehmigung für Gelegenheitsverkehre ausreicht. Er führt den Betrieb seiner Fahrzeuge verantwortlich im Sinne von § 3 BO-Kraft unter Beachtung der einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Weisungen und Interessen zur Erhaltung des Verkehrs gegenüber der VGP durch. Für pünktliche Einhaltung der Fahrpläne als Bedienzeit, die Einhaltung der maximalen Wartezeit für einen Bestellvorgang einer Fahrt von 90 Minuten an jeder Haltestelle sowie korrekte, höfliche, zuvorkommende Behandlung und Beratung der Fahrgäste hat der Auftragnehmer Sorge zu tragen. Er ist ferner für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen (etwa: PBefG, BOKraft, StVO, STVZO, Arbeitsordnungen über die allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Straßenbahn- und Omnibusverkehr sowie den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen – jeweils in der aktuellen Fassung -) durch seine Fahrer verantwortlich.

(4) Die Übertragung der Leistungen durch den Auftragnehmer auf Dritte ist ohne Zustimmung des Auftragsgebers nicht gestattet.

(3) Bei Änderungen des Vertragsgegenstands sind die Vorgaben aus **Anlage 3** zu beachten.

(5) Der Auftraggeber schließt diesen Vertrag im Rahmen seiner gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag mit dem Landkreis Prignitz ab dem 01.08.2026.

§ 2

Qualitätsstandards

(1) Die Qualität der vom Auftragnehmer zu erbringenden Verkehrsleistungen orientiert sich an den Qualitätsstandards des öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit dem Landkreis Prignitz ab dem 01.08.2026 die wiederum auf den Vorgaben des jeweils aktuellen Nahverkehrsplans des Landkreises Prignitz beruhen. Diese sind jeweils in aktueller Fassung auf der Internetseite des Landkreises Prignitz einsehbar.

(2) Die in **Anlage 2** niedergelegten Fahrzeuganforderungen sowie die in diesem Vertrag samt Anlagen dargestellten Qualitätsstandards können aus Anlass veränderter Rahmenbedingungen der Verkehrsbedienung, insbesondere an rechtliche, wirtschaftliche, technische Entwicklungen, oder aus sozial- oder umweltpolitischen Gründen, angepasst werden, § 1 Abs. 3 gilt dann entsprechend. Dabei können sämtliche bestehenden Fahrzeug- und Qualitätsanforderungen verändert, aufgehoben oder hinzugefügt werden, die das Qualitätsniveau erhöhen oder absenken, es sei denn, dies ist dem Auftragnehmer unzumutbar. § 315 BGB ist anwendbar.

(3) Die jeweils gültigen Qualitätsstandards sind verbindlich einzuhalten. Die Nicht- oder Schlechterfüllung einer oder mehrerer Anforderungen führt zu einer angemessenen anteiligen Minderung der vereinbarten Vergütung. Die Höhe der Minderung richtet sich nach der jeweiligen nicht eingehaltenen Qualitätsanforderung und der jeweils entsprechenden in § 13 dieses Vertrags festgelegten Minderungspauschale.

§ 3

Vertragsdauer

(1) Dieser Vertrag tritt mit Wirkung zum 01.08.2026 in Kraft und endet automatisch mit Ablauf des 31.07.2027. Die Laufzeit des Vertrags kann in jedem Los optional bis zum 31.07.2028 verlängert werden, wobei die Optionsausübung gegenüber dem Auftragnehmer schriftlich durch die VGP spätestens bis zum 31.01.2027 bekanntzugeben ist; sie erfolgt, um ggf. auftretende Verzögerungen bei der geplanten Umstellung auf ein Linienbedarfsverkehrssystem mit virtuellen Haltestellen abzufedern und damit die Kontinuität der Verkehrsbedienung im Sinne der Fahrgäste zu gewährleisten. Sonstige Änderungen an Vertrag samt Leistungsbeschreibung sind mit der Optionsausübung nicht verbunden.

(2) Die Vertragspartner sind berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem kündigenden Teil unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zur vereinbarten Beendigung oder bis zum Ablauf einer Kündigungsfrist nicht zugemutet werden kann. Ein wichtiger Grund ist insbesondere gegeben,

- a) wenn der Auftragnehmer innerhalb eines Kalenderjahres Vertragsstrafen in einer Gesamthöhe von 5 % der Gesamtkosten (vgl. § 13 Abs. 2) verwirkt und er nach Verwirkung von zwei Dritteln dieser Vertragsstrafen mit Hinweis auf dieses Kündigungsrecht schriftlich abgemahnt wurde, oder
- b) [bleibt frei]
- c) wenn die PBefG-Genehmigung für die diesem Vertrag unterliegenden Verkehre während der Leistungszeit bei einem der Vertragspartner verloren geht,
- d) wenn eine Kreisgebietsreform des Landes Brandenburg, eine Änderung dieses Vertrags und seiner Inhalte erfordert,
- e) wenn der Auftragnehmer die Weiterleitung von Fahrgeldeinnahmen an die VGP einstellt, oder nach der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers, oder der Ablehnung der Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse, oder der Stellung eines Eigenantrags des Auftragnehmers auf Eröffnung eines solchen Verfahrens über sein Vermögen oder der zulässigen Stellung eines solchen Antrags durch die VGP oder eines anderen Gläubigers; soweit das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren nicht vom Auftragnehmer selbst beantragt wird. In diesen Fällen kann das Kündigungsrecht der VGP erst nach Ablauf einer Frist von 30 Tagen nach Zugang der schriftlichen Mitteilung der Kündigungsabsicht ausgeübt werden, in welcher der Auftragnehmer der VGP nachweisen kann, dass seine Fähigkeit zur ordnungsgemäßen Erfüllung seiner Pflichten unter diesem Vertrag weiterhin sichergestellt ist. Erbringt der Auftragnehmer diesen Nachweis, so entfällt das Recht der VGP zur Kündigung, soweit es auf der bloßen Insolvenzantragstellung basiert.

Eine außerordentliche Kündigung erfolgt mit sofortiger Wirkung, sofern der Kündigende keinen abweichenden Beendigungstermin vorgibt. Sie bedarf der Schriftform sowie der Versendung per Einschreiben mit Rückschein.

(3) Führt ein Vertragspartner schuldhaft eine Situation herbei, welche zur außerordentlichen Kündigung durch den anderen Vertragspartner führt, hat ersterer auf Verlangen daneben dem anderen Vertragspartner den durch die Kündigung entstehenden Schaden zu ersetzen.

(4) Die VGP kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit den Auftragnehmer zu jedem Zeitpunkt eines künftigen Vergabeverfahrens von der Teilnahme daran ausschließen, wenn der Auftragnehmer eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung dieses Vertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat (vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB).

(5) Im Falle eines vom Auftragnehmer zu vertretenden Verstoßes gegen § 6 Abs. 2 und 3 S. 1 und den §§ 8 und 9 Abs.1 BbgVergG kann die VGP nach einer Abmahnung den Vertrag vorzeitig kündigen (vgl. § 10 Abs. 2 BbgVergG).

(6) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

(7) Der Auftragnehmer ist nach Vertragsbeendigung verpflichtet, alle im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages erlangten Unterlagen, Gelder und Gegenstände an die VGP herauszugeben.

§ 4

Zustand der Fahrzeuge

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Fahrzeuge für den vereinbarten Verkehr in sauberem sowie verkehrs- und betriebssicherem Zustand, der den Vorschriften der StVZO und BO-Kraft entspricht, mit allem Zubehör betriebsbereit zu halten und einzusetzen.

(2) Die Fahrzeugstandards ergeben sich aus der **Anlage 2**.

(3) Der Auftragnehmer hat die qualitativen und betrieblichen Vorgaben des Nahverkehrsplans des Landkreises in der jeweils aktuellen Fassung zu beachten. Sofern dem Auftragnehmer durch die Anpassung von Standards des jeweils aktuellen Nahverkehrsplans zusätzliche Kosten entstehen, muss der Auftragnehmer diese gegenüber der VGP in einem prüffähigen Zustand vor der Anschaffung und Umsetzung dokumentieren. Die VGP entscheidet sodann, ob die Anforderungen umgesetzt werden. Im Falle einer dadurch bedingten Veränderung des Kostensatzes gegenüber dem angebotenen Niveau bei Vertragsbeginn findet eine Anpassung des Ausgleichs statt.

(4) Unbeschadet der Verantwortlichkeit des Auftragnehmers ist die VGP zur Durchführung der nach der StVZO vorgeschriebenen Untersuchungen berechtigt, insbesondere zur Kontrolle des Prüfbuches und der Untersuchungsberichte. In Ausnahmefällen kann die VGP im gegenseitigen Einvernehmen mit dem Auftragnehmer die Fahrzeuge durch einen von ihr beauftragten Sachverständigen prüfen lassen.

(5) Die Fahrzeuge sind mit einem von der VGP zu beschaffendem Schild mit der Aufschrift „Wir fahren im Auftrag der VGP“ auf der Beifahrerseite des eingesetzten Fahrzeuges zu versehen. Dieses Schild ist auf Fahrten, die nicht im Auftrag der VGP durchgeführt werden, zu entfernen. Die VGP hat das Recht, die Anbringung weiterer Aushänge zur Information der Fahrzeuge über den Linienverkehr anzuordnen. Die Kosten trägt der Auftragnehmer.

(6) Die für den vereinbarten Verkehr vorgesehenen Fahrzeuge (inkl. fest vorgesehene Reservefahrzeuge) sind vom Auftragnehmer der VGP in Form einer Fahrzeugliste zur Kenntnis zu geben. Diese Liste umfasst mindestens folgende Angaben:

- Erstellungsstand (Datum)
- Amtliches Kennzeichen
- Art des Fahrzeugs (KOM / PKW)
- Hersteller
- Erstzulassung
- Vorgesehener Haupteinsatzzweck (Linienverkehr, Bedarfsverkehr, Schülerverkehr=
- Merkmale Barrierefreiheit
- Antriebsart
- Abgasnorm
- Anzahl Sitzplätze
- Plätze insgesamt

Diese Fahrzeugliste ist laufend durch Vermerken von Fahrzeugzu- und abgängen zu aktualisieren und nach jeder Aktualisierung unaufgefordert unverzüglich der VGP zu übergeben.

§ 5

Instandhaltung und Wartung der Fahrzeuge

(1) Für die vorschriftsmäßige Instandhaltung und Wartung der Fahrzeuge sowie deren Ausstattung hat der Auftragnehmer fortwährend Sorge zu tragen.

(2) Dieser Vertrag beinhaltet kein Recht zur Nutzung der Betriebshöfe der VGP zum Abstellen, Tanken, Waschen oder für sonstige Zwecke.

(3) [bleibt frei]

§ 6

Indienst und Außerdienststellung von Fahrzeugen

(1) Beabsichtigt der Auftragnehmer während der Vertragslaufzeit neue Fahrzeuge für die Erfüllung seiner in diesem Vertrag vereinbarten Verkehrsleistung zu beschaffen bzw. neu einzusetzen oder derzeitig sich im Einsatz befindende Fahrzeuge nicht weiter für die Erbringung der in diesem Vertrag vereinbarten Verkehrsleistung einzusetzen, so hat dieser die VGP mindestens zwei Monate im Voraus darüber zu informieren.

(2) Der Auftragnehmer hat zusammen mit der VGP, oder einer von VGP dafür beauftragten Person, die Anforderungen an die technische Ausstattung des neuen Fahrzeugs abzustimmen.

(3) Der Auftragnehmer darf erst ein neues Fahrzeug für die Erbringung der vereinbarten Leistung einsetzen, wenn das Einverständnis durch den Auftraggeber erfolgte. Die Einverständniserklärung erfolgt in Textform.

§ 7

Personal

(1) Die berufliche Qualifikation des Personals muss den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, es soll über Ortskenntnisse und spezifisches Fachwissen (VBB-Tarif u. Ä.) verfügen. Das Personal mit Kundenkontakt verfügt mindestens über das Sprachniveau B 1 in Deutsch zuzüglich der wichtigsten fachspezifischen Wörter. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sämtliche im Rahmen dieser zur Vertragserfüllung eingesetzten Fahrpersonale vor Vertragsbeginn dem Auftraggeber schriftlich zu benennen. Änderungen am einzusetzenden Fahrpersonal sowie die Aufnahme von neuem Fahrpersonal zur Vertragserfüllung sind in § 8 geregelt.

(2) Zu den in Absatz 1 genannten Fahrpersonalen sind folgende personenbezogene Angaben vollständig und in aktueller Form vor Vertragsbeginn dem Auftraggeber schriftlich mitzuteilen:

- Vor- und Nachname des Fahrers,
- Geburtsdatum

- Erweitertes Führungszeugnis (nur Vorlage, keine Übermittlung erforderlich)
- Vorlage einer Kopie des gültigen Führerscheins (Klasse B) sowie des Personenbeförderungsscheins,

(3) Die Fahrer haben den Anweisungen des Aufsichtspersonals sowie der Leitstelle der VGP Folge zu leisten.

(4) Unterweisungen und Nachschulungen der Fahrer, insbesondere auch über den reibungslosen Fahrplanablauf, hat der Auftragnehmer in ausreichender Weise, mindestens aber einmal jährlich durchzuführen. Er hat dies aktenkundig nachzuweisen. Gesetzliche Weiterbildungen sowie Schulungen im Rahmen eines Qualitätsmanagements sind gegenüber der VGP zu dokumentieren. Das Fahrpersonal ist zusätzlich zu den Themen Fahrgastsicherheit und Konfliktbewältigung zu schulen.

(5) Der Auftragnehmer ist für die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitszeiten und Sozialvorschriften verantwortlich.

(6) Beim Vorliegen eines wichtigen Grundes kann die VGP mit entsprechender schriftlicher Begründung die Ablösung des Fahrers verlangen. Als wichtiger Grund gelten insbesondere ungehöriges Benehmen gegenüber den Fahrgästen und dem Aufsichtspersonal der VGP und Verstöße gegen die in Absatz 10 geregelten Pflichten. Im Wiederholungsfall ist die VGP berechtigt, den zukünftigen Einsatz des betreffenden Personals für die VGP zu untersagen.

(7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich in Übereinstimmung mit § 4 Abs. 1 Satz 1 BbgVergG gegenüber der VGP, seine bei der Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten mindestens nach dem hierfür jeweils geltenden einschlägigen und repräsentativen Entgelttarifvertrag zu entlohnen und auch seinen auf das Entgelt bezogenen eigenen, gegebenenfalls weitergehenden tariflichen Pflichten in der gesamten Laufzeit dieses Vertrages ordnungsgemäß nachzukommen.

(8) Maßgeblich im Sinne von Abs. 7 ist die Entgelttabelle des Tarifvertrags zur Regelung der Arbeitsbedingungen im Land Brandenburg (TV-N BRB) v. 27. Juni 2001 in der Fassung des 11. Änderungstarifvertrages (11. ÄndTV/TV-N BRB) v. 27. März 2026. Dieser Tarifvertrag ist in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

(9) Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber der VGP, seinen bei der Erfüllung von Leistungen des Auftrages eingesetzten Beschäftigten mindestens ein Arbeitnehmerbruttoentgelt in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns zu bezahlen (§ 1 MiLoG). Die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns entbindet den Auftragnehmer nicht von der Pflicht zur Anwendung des in Abs. 8 genannten einschlägigen Tarifvertrags und Zahlung der dort genannten Tarifbestandteile.

(10) Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber der VGP, seine Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften vertraglich zu verpflichten, dass diese ihren Beschäftigten im Rahmen der zu erfüllenden Vertragsleistung mindestens die Arbeitsentgeltbedingungen gewähren, die für die vom Nachunternehmer oder dem Vertragspartner des Verleihers zu erbringenden Leistungen nach Absatz 8 und 9 maßgeblich sind. Diese Verpflichtung erstreckt sich auf alle an der Auftragserfüllung beteiligten Unternehmen. Der Auftragnehmer stellt durch vertrag-

liche Regelungen sicher, dass der jeweils einen Auftrag weiter Vergebende die rechtsverbindliche Übertragung der Verpflichtung und ihre Einhaltung durch die von ihm beauftragten Nachunternehmer oder Verleiher sicherstellt und seinem unmittelbaren Auftraggeber auf Verlangen nachweist. Der Auftragnehmer weist auf Verlangen die Erfüllung der vorstehenden Verpflichtungen gegenüber der VGP nach.

(11) Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber der VGP, beim Einsatz von Nachunternehmern und Verleihern vertraglich sicherzustellen, dass eine Vergütung der Arbeitskräfte entsprechend der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieses Vertrages erfolgt.

(12) Der Auftragnehmer erklärt schriftlich nach Zuschlagserteilung gegenüber der VGP, dass alle vorbezeichneten Verpflichtungen eingehalten werden. Die VGP ist zudem berechtigt, die Einhaltung der genannten Verpflichtung zu überprüfen. Der Auftragnehmer liefert der VGP alle hierfür erforderlichen Nachweise. Dieser erfolgt in der Regel durch eine Bescheinigung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft / des Steuerberaters.

(13) Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass der Landkreis ebenfalls die in Absatz 12 genannten Kontrollrechte gegenüber dem Auftragnehmer hat.

(14) Für vom Auftragnehmer zu vertretende Verletzung der vertraglichen Pflichten im Zusammenhang mit der Einhaltung der Tariftreue- sowie der gesetzlichen oder tariflichen Mindestlohnregelungen durch den Auftragnehmer, seine Nachunternehmer oder von ihm eingesetzte Verleiher ist eine Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung bzw. wegen Nichterfüllung in gehöriger Weise fällig. Die Einzelheiten sind in § 13 geregelt.

(15) [bleibt frei]

§ 8

Einsatz neuen Personals

(1) Beabsichtigt der Auftragnehmer den Einsatz neuen Personals im Fahrdienst, hat er die VGP darüber mindestens vier (4) Wochen vor dem geplanten Einsatz unter Verwendung des hierzu von VGP zur Verfügung gestellten Formblattes schriftlich zu informieren. Dabei sind Vor- und Nachname, das Geburtsdatum, das erweiterte Führungszeugnis, und eine Kopie des gültigen Führerscheins des neuen Personals sowie Angaben zu vorherigen Einsätzen im Auftrag der VGP bei vorherigen Auftraggebern anzugeben und in das vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Formblatt einzutragen.

(2) Vor dem ersten Einsatz im Auftrag der VGP hat der neue Mitarbeiter eine von der VGP organisierte, eintägige Tarifschulung zu besuchen. Diese Tarifschulung wird mit einem Abschlusstest beendet, in dem neben den erworbenen Tarifkenntnissen auch die Deutschkenntnisse des Mitarbeiters überprüft werden.

(3) Voraussetzung für den Einsatz ist das Bestehen des Abschlusstests. Unmittelbar nach erfolgreichem Bestehen des Abschlusstests erteilt die VGP die schriftliche Freigabe für den betreffenden Mitarbeiter im Linienverkehrs-Einsatz der VGP. Die Freigabe erfolgt mindestens in Textform.

(4) Sollte der Mitarbeiter den Abschlusstest nicht bestehen, ist auf Kosten des Auftragnehmers eine erneute Teilnahme an einer Tarifschulung mit Abschlusstest möglich. Ein Einsatz im Auftrag der VGP darf erst nach erfolgreichem Abschlusstest erfolgen.

§ 9

Pflichten des Personals

(1) Zu den Pflichten des Fahrpersonals gehören insbesondere:

- a) Beachtung der Verkehrs- und Dienstvorschriften,
- b) Höfliche und zuvorkommende Behandlung der Fahrgäste,
- c) Beachtung der allgemeinen Beförderungsbedingungen des VBB sowie der §§ 6 bis 11 BO Kraft (hier insbesondere vorsorgliche Aufbewahrung von Fundsachen bzw. deren Ablieferung an die VGP),
- d) die Abfertigung der Fahrgäste gemäß den geltenden Tarif- und Beförderungsbedingungen sowie die Kontrolle der Fahrausweise beim Einsteigen der Fahrgäste,
- e) die Führung von Fahrnachweisen in einfachster Form oder von Tachografenscheinen,
- f) [bleibt frei]
- g) die Meldung besonderer Vorkommnisse wie Unfälle, Betriebsstörungen und Beschwerden der Fahrgäste per E-Mail binnen 24 Stunden an die Leitstelle der VGP, damit insbesondere die Meldepflicht nach § 6 BO Kraft gewahrt werden kann,
- h) Fahrgäste mit Informationen und Anregungen sind an das Infotelefon der VGP zu verweisen.

(2) Die VGP ist berechtigt, hinsichtlich der Qualität der Betriebsleistungen Kontrollen durchzuführen sowie die Durchführung von Verkehrszählungen durch das Fahrpersonal des Auftragnehmers anzuweisen. Darüber hinaus kann die VGP Kontrollen, auch unangekündigt, mit eigenem oder von ihr beauftragtem Personal während der Betriebszeiten in Fahrzeugen des Auftragnehmers durchführen lassen, was dieser zu dulden hat.

§ 10

Fahrausweise und Abrechnung

(1) Fahrgäste dürfen ausschließlich nach den Tarif- und Beförderungsbedingungen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) – einschließlich Deutschlandticket - befördert werden. Entsprechendes gilt für weitere flächendeckende Tarife außerhalb des VBB-Tarifs nach Maßgabe der jeweiligen Tarifbestimmungen und gemäß der Vorgabe des Landkreises. Es dürfen ausschließlich Fahrausweise der VGP ausgegeben werden, es gelten die Verbundvorgaben des VBB zum Vertrieb.

(2) Die VGP stellt dem Auftragnehmer leihweise zu Zwecken der Vertragsausübung die Fahrausweise, Vordrucke bzw. Abreißblöcke zur Verfügung.

(3) Die aus dem Verkauf von Fahrkarten generierten Fahrgeldeinnahmen sind pro Kalendermonat vollständig und ohne Abzug bis zum 10. des Folgemonats an den Auftraggeber zu

überweisen. Hierzu stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer bis zum 5. des Folgemonats eine Statistik mit den Einnahmen je Fahrerkonto zur Verfügung. Eine Einzahlung der Fahrgeldeinnahmen in bar ist nicht zulässig. Die Fahrausweise der einsteigenden Fahrgäste sind durch das Fahrpersonal mittels Sichtkontrolle zu prüfen. Darüber hinaus hat das Verkehrsunternehmen Fahrausweiskontrollen durchzuführen. Anzahl und Turnus finden in Abstimmung mit der VGP statt. Im Einzelfall kann die VGP während Fahrplanfahrten diese Kontrollen selbst oder durch beauftragte Unternehmen bzw. beauftragtes Personal unangekündigt vornehmen bzw. vornehmen lassen

(4) Stornobuchungen sind dem Auftraggeber innerhalb von fünf (5) Werktagen nach deren Vornahme zur Prüfung vorzulegen. Hierzu sind das Ticket mit dazugehörigem Stornobeleg per E-Mail an den Auftraggeber zu senden. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, die Vorlagefrist für Stornobuchungen mit Wirkung für die Zukunft auf einen (1) Werktag zu verkürzen. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den stornierten Fahrschein und den Stornobeleg innerhalb einer im Aufforderungsschreiben genannten angemessenen Frist im Original vom Auftragnehmer vorlegen zu lassen. Nicht rechtzeitig und unvollständig eingereichte Belege werden dem Auftragnehmer mit dem vollen Fahrscheinpreis in Rechnung gestellt.

(5) Zum Jahresende wird auf Verlangen der VGP gemeinsam mit dem Auftragnehmer eine Fahrscheininventur durchgeführt (z. B. Notfahrausweise).

(6) Für Fahrgeldausfälle, die bei der Abrechnung über den Fahrscheinverkauf auftreten, haftet der Auftragnehmer gegenüber der VGP. Die VGP wird solche Fahrgeldausfälle von der an den Auftragnehmer zu zahlenden Vergütung zum Abzug bringen. Der VGP steht es frei, auf zu spät eingegangene Zahlungen Zinsen gemäß § 288 BGB zu berechnen.

(7) Der Auftragnehmer hat kein Zurückhaltungsrecht an den Einnahmen wegen Forderungen gegen die VGP. Er kann auch nicht aufrechnen, es sei denn seine Forderungen sind anerkannt oder rechtskräftig festgestellt.

(8) Die VGP ist berechtigt, Abrechnungs- und Bestandskontrollen durchzuführen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auch seinerseits Kontrollen in den eingesetzten Fahrzeugen bzw. des von ihm eingesetzten Personals bzw. der Nachunternehmer sowie die vollständigen Abrechnungen der verkauften Fahrscheine durchzuführen.

(9) Auf Aufforderung der VGP hat die Auftragnehmerin Fahrgastzählungen/Fahrgasterhebungen durchzuführen. Das kann durch händische Zählung bzw. persönliche Befragung der Fahrgäste und anschließende Auswertung durch die Auftragnehmerin oder durch automatische Fahrgastzählssysteme erfolgen. Die VGP ist zudem berechtigt, diese Fahrgastzählungen / Fahrgasterhebungen während Fahrplanfahrten in den Fahrzeugen selbst oder durch von ihr beauftragte Unternehmen/beauftragtes Personal während der Betriebszeiten durchzuführen bzw. durchführen zu lassen. Dies erfolgt nach vorheriger Absprache mit dem Auftragnehmer.

§ 11

Ersatzgestellung und Betrieb

(1) [bleibt frei]

(2) [bleibt frei]

(3) Zwingende Vorgabe für den Betrieb ist, dass mindestens 98% aller Abfahrten pünktlich erfolgen müssen, dabei gilt, dass der Auftragnehmer spätestens 90 Minuten ab Bekanntgabe des Bestellwunsches bei ihm durch die VGP (telefonisch oder mittels internetgestützter Buchungsplattform) an jeder vertragsgegenständlichen Haltestelle den Fahrtenwunsch realisieren kann. Dies gilt auch, wenn Fahrten mit bis zu drei Fahrtenwünschen gepoolt werden. Abfahrten gelten als verspätet, sofern eine Abfahrt an einer Haltestelle mit einer Verspätung von mehr als fünf (5) Minuten gegenüber Fahrplan erfolgt und die Verspätung vom Auftragnehmer zu vertreten ist. Unvorhersehbare Ereignisse, die eine verspätete Abfahrt beeinflussen und welche nicht in der Verantwortung des Auftragnehmers liegen, sind hiervon ausgenommen.

(4) Fahrten dürfen nicht ausfallen, jeder Bestellwunsch ist zu erfüllen. Verfrühte Abfahrten sind auszuschließen und gelten ab einer Verfrühung von einer (1) Minute als Fahrtausfall. Verspätungen ab 20 Minuten gelten ebenso als Fahrtausfall, sofern sie nicht auf zu sichernde Anschlüsse außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Auftragnehmers zurückzuführen sind.

(5) Der Auftragnehmer hat darüber hinaus folgende Verpflichtungen:

- Bei Fahrtausfällen oder Verspätungen bzw. anderen Abweichungen vom Fahrplanangebot: Der Auftragnehmer hat die VGP und die Fahrgäste über Abweichungen unverzüglich zu informieren bzw. alternative Verbindungen anzugeben.
- Bei Kenntnis von geplanten oder absehbaren Abweichungen (z.B. Baustellen oder Großveranstaltungen) ist die VGP mindestens sechzehn (16) Tage vorher zu informieren; in Abstimmung mit der VGP ist ein alternatives Leistungsprogramm für den Abweichungszeitraum festzulegen.
- Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem VGP zur Erfüllung ihrer Informationspflichten dem Landkreis, dem VBB oder sonstigen Dritten gegenüber, die erforderlichen Informationen zu liefern.
- Vorfälle im Sinne von § 6 BOKraft sind vom Auftragnehmer unverzüglich der VGP mitzuteilen.

(4) Sofern ein Ausfall von Fahrzeugen einen Einfluss auf die Vertragserfüllung hat, ist dies dem Auftraggeber unverzüglich zu melden und für sofortigen Ersatz durch eigene Fahrzeuge zu sorgen. Die Bestimmungen des Vertrages gelten auch für Ersatzfahrzeuge, d.h. die Ersatzfahrzeuge haben bzgl. Fahrzeugalter, Antriebstechnik, Gefäßgröße und Qualitätsstandards den Vertragsfahrzeugen zu entsprechen.

(4) Der Auftragnehmer hat weder einen Anspruch auf die Gestellung eines Ersatzfahrzeugs noch auf Bereitstellung eines Ersatzfahrers durch die VGP.

(5) Kann der Auftragnehmer ein eigenes Fahrzeug nicht rechtzeitig stellen, sodass die VGP ein betriebseigenes oder ein anderes Ersatzfahrzeug einsetzen muss, hat der Auftragnehmer die hierdurch entstandenen Mehrkosten sowie einen etwa der VGP entstandenen Schaden zu tragen. Gleiches gilt bei Ausfall eines Fahrers. Ferner gelten die Bestimmungen aus § 14.

§ 12 Vergütung

(1) Die Vergütung wird auf Grundlage der in einer Abrechnungsperiode vom Auftragnehmer tatsächlich gefahrenen Nutzwagenkilometer und des Preises hierfür sowie der Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge und des Preises (Fixkosten für Fahrzeugbereitstellung) hierfür aus dem bezuschlagten Angebot (**Anlage 4**) ermittelt. Nutzwagenkilometer sind alle real gefahrenen Fahrzeugkilometer, die das jeweilige Fahrzeug des Dienstes im Linienbedarfsverkehr erbringt. Dabei ist die kürzeste Strecke zwischen Einstiegshaltestelle und Ausstiegshaltestelle entsprechend der jeweiligen Bestellung anzusetzen. Ein- und Ausrückfahrten, Werkstattfahrten und sonstige nicht im Dienstplan vorgegebene Fahrten werden daher nicht berücksichtigt. Bei geteilten Diensten gilt dies analog für die einzelnen Dienstteile, d. h. mögliche Leer-, Ein- und Ausrückfahrten zwischen der letzten Haltestelle des ersten Dienstteils und ersten Haltestelle des zweiten Dienstteils werden nicht vergütet.

(2) Die Abrechnung erfolgt monatlich durch den Auftragnehmer. Er stellt dazu der VGP eine Statistik mit folgenden Informationen bis zum 5. Arbeitstag des Folgemonats zur Verfügung:

- Fahrttag,
- Uhrzeit je Fahrt (Eingang Bestellung),
- Einstiegshaltestelle je Fahrt,
- Ausstiegshaltestelle je Fahrt,
- Anzahl beförderte Personen je Fahrt,
- Nutzwagenkm je Fahrt
- sowie der nach § 14 zu berücksichtigenden Abzüge insgesamt im Monat.

Der Auftragnehmer erstellt auf dieser Grundlage unter Verwendung des von ihm angebotenen Nutzwagenkilometerpreises (**Anlage 4 – ausgefülltes Preisblatt**) zzgl. eines Zwölftels des Fahrzeugfixkostenpreises (**Anlage 4 – ausgefülltes Preisblatt**) die monatliche Abrechnung bis zum 8. Arbeitstag des Folgemonats. Die Zahlung der geschuldeten Vergütung erfolgt bis zum jeweils 10. Arbeitstag des Folgemonats.

(3) Der Preis je Nutzwagenkilometer wird entsprechend der Regelung im bezuschlagten Angebot (**Anlage 4**) entsprechend dem dort vorgegebenen Vorgehen mittels Index fortgeschrieben.

(4) Eine Anpassung der Vergütung erfolgt für die nachgewiesenen Mehr- und Minderkosten wie folgt:

- a) Für die Ermittlung von Mehr- oder Minderkosten wegen quantitativer Zu- oder Abbestellungen werden die im Preisblatt zum Angebot des Auftragnehmers (**Anlage 4**) vermerkten Kostensätze je Kilometer herangezogen.
- b) Für Mehr- oder Minderkosten, die nicht wie in lit. a) beschrieben abbildbar sind, erfolgt die Ermittlung der neuen Vergütung grundsätzlich unter Berücksichtigung anhand der vom Auftragnehmer mit dem endgültigen Angebot eingereichten Urkalkulation. Die Urkalkulation muss eine detaillierte Aufschlüsselung zur Zusammensetzung aller Kosten enthalten, anhand derer im Weiteren eine vorkalkulatorische Preisfortschreibung ermöglicht wird. Zu diesen Kosten zählen: Personalkosten

(Fahrpersonal inkl. Lohnnebenkosten und Zuschlägen, Werkstatt- und Verwaltungspersonal), Fahrzeugkosten (Abschreibung, Wartung, Reparatur, Reifen, Kraftstoff,), Betriebskosten (Disposition, Verwaltungskosten, IT-System (Fahrzeuginformationssysteme)), Infrastruktur (Betriebshof, Stellplätze, Werkstatteinrichtungen), Kosten für externe Leistungen (Unterauftragnehmer, Reinigung, Sicherheitsdienste) und Allgemeine Gemeinkosten (Unternehmensverwaltung und Vertrieb). Bei Vorliegen sachlicher Gründe und auf Verlangen des Auftraggebers teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber das entsprechende Passwort zur Öffnung der geschützten Datei der Urkalkulation mit. Ein sachlicher Grund liegt insbesondere vor, wenn im Falle eine Anpassung der vereinbarten Vergütung erfolgen soll.

- c) Sollte eine Anpassung der Vergütung anhand der Fortschreibung der Kostenansätze aus der Urkalkulation nicht möglich sein, erfolgt die Ermittlung der neuen Vergütung analog § 650c BGB.

§ 13

Abzugspositionen

(1) Wird die vereinbarte Qualität nicht erreicht, so vermindert sich die Vergütung um den verminderten Wert der erbrachten Leistung, mindestens jedoch um den Betrag der insoweit ersparten Aufwendungen. Zur vereinfachten Bewertung werden folgende pauschalierten Abzugspositionen von der Vergütung festgelegt:

- a) Bei teilweisem Ausfall von bestellten Fahrten, den der Auftragnehmer zu vertreten hat: 100 Euro pro festgestellten Einzelfall; bei komplettem Ausfall von bestellten Fahrten, den der Auftragnehmer zu vertreten hat: 250 Euro pro festgestellten Einzelfall sowie die Vergütung für betroffene Fahrplankilometer der gesamten Fahrt.
- b) Bei unberechtigten Abweichungen vom Linienweg oder bei fehlender Bedienung von Haltestellen trotz Kundenwunschs: 100 Euro je festgestellten Einzelfall.
- c) Bei zu früher Abfahrt an einer Haltestelle ab einer (1) Minute: 100 Euro pro festgestellten Einzelfall.
- d) Bei vom Auftragnehmer verursachten Verspätungen (Bsp: Verzögerung durch verspätete Personalablässe o. Ä.) von mehr als fünf (5) Minuten: 25 Euro je festgestellten Einzelfall, ab zehn (10) Minuten: 75 Euro je festgestellten Einzelfall und ab fünfzehn (15) Minuten: 150 Euro je festgestellten Einzelfall.
- e) Bei Missachtung der in §§ 7 - 9 definierten Qualitätsvorgaben des Fahrpersonals: 75 Euro je Einsatztag und Person und pro festgestellten Einzelfall. Ausgenommen ist, wenn das Personal mit Kundenkontakt keine ordentliche und saubere Kleidung trägt, was mit 50 Euro je Einsatztag und Person sanktioniert wird.
- f) Bei Einsatz von Fahrpersonal, dessen Ausschluss vom Verkehr berechtigt eingefordert wurde: 100 Euro je Einsatztag und Person bei erstmaligem Verstoß; 200 Euro bei zweitem Verstoß; 400 Euro bei jedem weiteren Verstoß.
- g) Bei Rauchen des Fahrpersonals im Fahrzeug während der Fahrt und in den Pausen: 200 Euro je festgestellten Einzelfall.
- h) Bei privater Nutzung eines Mobiltelefons des Fahrpersonals während der Fahrt: 300 Euro je festgestellten Einzelfall.

- i) Bei Einsatz von Fahrzeugen, die nicht die in **Anlage 2**: „Allgemeine Anforderungen und Mindeststandards an die Fahrzeuge“ definierten Qualitätsstandards erreichen: 200 Euro pro festgestellten Einzelfall und je Einsatztag und Fahrzeug.
- j) Bei Defekten an wichtigen Ausstattungsmerkmalen (Barrierefreiheit, Klimaanlage, Heizung), wenn diese am Folgetag nicht beseitigt wurden: 50 Euro je Ausstattungsmerkmal und Tag.
- k) Bei fehlender Fahrzeugreinigung außen und/oder innen oder fehlen der Beseitigung von Vandalismusschäden: während der Zeit von April bis Oktober: 75 Euro je Einsatztag und Fahrzeug, in den Monaten November bis März: 50 Euro je Einsatztag und Fahrzeug.
- l) Bei falscher oder fehlender Beschilderung „Wir fahren im Auftrag der VGP“ am Fahrzeug: 50 Euro pro festgestellten Einzelfall.
- m) Bei verspäteter (mehr als fünf (5) Werktage) oder unzureichender Weiterleitung von Kundenresonanzen (Weiterleitung ohne Stellungnahme des Verkehrsunternehmens): 20 Euro je festgestellten Einzelfall.
- n) Bei unterlassener Auslage von Informationsmedien durch das Fahrpersonal, dass durch den Auftraggeber bereitgestellt wurde: 20 Euro je festgestellten Einzelfall.

(2) Sollten die vorgenannten Abzugspositionen im Einzelfall nicht als pauschale Vergütungsminderungen durchgreifen, sind sie als Vertragsstrafen geschuldet. Es gelten dann folgende Regelungen:

- a) Im Falle von wiederholten Pflichtverletzungen können die Vertragsstrafen auch mehrfach angesetzt werden. Die Höhe der Vertragsstrafen insgesamt ist kalenderjährlich auf 5 % der Gesamtkosten für das jeweilige Kalenderjahr begrenzt. Gesamtkosten meint den Netto-Betrag des Produkts der im selben Kalenderjahr geltenden Kostensätze und der im Kalenderjahr tatsächlich erbrachten Leistungsmengen des Auftragnehmers. Ist die Vertragsstrafe im Einzelfall unverhältnismäßig hoch, so ist sie von VGP auf Antrag auf einen angemessenen Betrag herabzusetzen.
- b) Weitergehende gesetzliche oder vertragliche Ansprüche, etwa Schadensersatzansprüche, der VGP gegenüber dem Auftragnehmer, die aus den o. g. Pflichtverletzungen und Leistungsstörungen erwachsen, bleiben unberührt. Gezahlte Vertragsstrafen werden auf einen eventuellen Schadensersatzanspruch, der auf dem gleichen Grund beruht, angerechnet.
- c) Vertragsstrafen werden nur dann nicht verwirkt, wenn der Auftragnehmer die jeweilige Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Der Auftragnehmer hat nur solche Pflichtverletzungen zu vertreten, die in seinem Verantwortungsbereich fallen. Nicht zu verantworten hat der Auftragnehmer insbesondere
 - Alle Fälle höherer Gewalt,
 - Rechtmäßige Arbeitsk Kampfmaßnahmen,
 - Verspätungsübernahmen (z. B. Abwarten eines verspäteten Anschlusses außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Auftragnehmers),
 - Witterungseinflüsse, die über das normale Maß hinaus zu Verkehrsbehinderungen führen,
 - Kurzfristig erfolgte Straßensperrungen,
 - Behinderung durch kurzfristig eingerichtete Baustellen.

(3) Der Auftragnehmer hat VGP über sämtliche abzugsrelevante Vorgänge wahrheitsgemäß zu berichten. Legt der Auftragnehmer dem Auftraggeber einen wahrheitswidrigen Bericht vor und würde sich auf der Grundlage eines richtigen Berichts – aus welchem Rechtsgrund auch immer – unter Anwendung der Pauschalen in Absatz 1 zu Lasten des Auftragnehmers ein Abzugsbetrag von mindestens 250 € ergeben, so wird eine Vertragsstrafe in 2-facher Höhe des eingesparten Betrags fällig. Diese entfällt, wenn der Auftragnehmer leichte Fahrlässigkeit hinsichtlich des wahrheitswidrigen Berichts nachweisen kann.

(4) Die VGP kann von der Geltendmachung von Minderungen bzw. der Erhebung von Vertragsstrafen absehen.

§ 14

Haftpflcht

(1) Der Auftragnehmer ist Fahrzeughalter im Sinne des StVG.

(2) Der Auftragnehmer und seine Fahrer haften für alle Schäden, für die sie gesetzlich oder vertraglich verantwortlich sind. Der Auftragnehmer hat die VGP von allen Ansprüchen Dritter einschließlich aller Prozess- und Vergleichskosten freizustellen und sie selbst abzuwickeln.

(3) Schäden an seinen Fahrzeugen hat der Auftragnehmer selbst zu vertreten, soweit nicht ein gesetzlicher Haftungstatbestand auf Seiten der VGP vorliegt.

(4) Die Bearbeitung der Ersatzansprüche Dritter aus Schadensfällen ist Angelegenheit des Auftragnehmers oder seines Haftpflichtversicherers. Die VGP wird im Falle Ihrer Inanspruchnahme den Auftragnehmer unverzüglich unterrichten und den Anspruchsteller an ihn verweisen.

§ 15

Versicherung

(1) Der Auftragnehmer hat während der gesamten Dauer dieses Vertrages auf seine Kosten eine Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personenschäden von mindestens 1.000.000 EUR (brutto) je Schadenereignis und für Sach- bzw. sonstige Vermögensschäden von mindestens 1.000.000 EUR (brutto) je Schadenereignis, jeweils jährlich zweifach maximiert, zu unterhalten. Die Versicherung ist bei einem in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen / Kreditinstitut und nach deutschem Recht abzuschließen.

(2) Der Auftragnehmer hat die VGP zu unterrichten, wenn sein Haftpflichtversicherer die Einleitung eines Mahnverfahrens nach § 39 VVG bzw. die Kündigung des Versicherungsvertrages mitteilt.

(3) Der Auftragnehmer hat der VGP vier (4) Wochen vor Betriebsaufnahme eine Zweitausfertigung des Versicherungsscheines mit den Allgemeinen und etwaigen Besonderen Versicherungsbedingungen vorzulegen. Kommt es zu einer unmittelbaren Behandlung eines Schadens durch die VGP, so wird der Auftragnehmer vor wichtigen Entscheidungen, insbesondere darüber, ob er entschädigen, ablehnen oder vergleichen will, die VGP und dem Versicherer des Auftragnehmers Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

§ 16

Berichtswesen; Kontrollrechte

(1) Der Auftragnehmer erstattet Berichte gegenüber der VGP. Die Berichte sind so rechtzeitig durch den Auftragnehmer vorzulegen, dass die VGP ihrerseits den Berichtspflichten gegenüber dem Landkreis nachkommen kann. Der Auftragnehmer legt der VGP bis Ende Juli des jeweiligen Folgejahres für das vergangene Kalenderjahr insbesondere folgende Berichte vor:

- a) Darstellung der Fahrleistung;
- b) Berichte über Abweichungen von den quantitativen und qualitativen Vorgaben dieses Vertrags;
- c) Berichte über Qualitätskennzahlen (Pünktlichkeit, Fuhrparkalter, Einhaltung Ausstattungsstandard Fahrzeuge, Einhaltung Vorgaben zu Schadstoffausstoß bzw. bzgl. SaubFahrzeugBeschG).

(2) Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass der Landkreis ebenfalls die in Absatz 1 genannten Kontrollrechte gegenüber dem Auftragnehmer hat.

(3) Der Auftragnehmer ermöglicht der VGP bzw. dem Landkreis bzw. dessen autorisierten Vertretern auf Verlangen, die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zu überprüfen und dazu alle vorhandenen Unterlagen und Informationen heranzuziehen. Sollte die Prüfung die Unrichtigkeit von Angaben des Auftragnehmers ergeben, so hat der Auftragnehmer die angemessenen Kosten eines Gutachters zu ersetzen. VGP sowie der Landkreis können sich in den im Fahrgastbetrieb auf den vertragsgegenständlichen Strecken befindlichen Bussen sowie in den Werkstätten und Abstellanlagen für Busse der vertragsgegenständlichen Strecken von der vertragsgemäßen Ausführung der geschuldeten Leistung unterrichten lassen. Auf Wunsch sind VGP bzw. dem Landkreis die zur Unterrichtung erforderlichen Unterlagen zur Einsicht vorzulegen und die entsprechenden Auskünfte zu erteilen.

§ 17

Zusammenarbeit

Kommt es zu einem erheblichen Rückgang von Fördermitteln und Zuschüssen an die VGP oder kommt es zu einer Änderung der Rechtslage in Bezug auf die Umsatzsteuerpflicht der Ausgleichsleistungen des Aufgabenträgers gegenüber der VGP, so verständigen sich die Vertragsparteien darauf, eine Anpassung dieses Vertrages unter Berücksichtigung von § 132 GWB herbeizuführen.

§ 18

Geheimhaltung / Datenschutz

Die Vertragspartner verpflichten sich, alle in diesem Vertragsverhältnis erhaltenen Informationen über den Vertragspartner gesetzeskonform unbefristet geheim zu halten.

§ 19
Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist Perleberg.

§ 20
Schlussbestimmungen

(1) Änderungen und Nebenabreden zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, ohne dass damit die Aufrechterhaltung des Vertrags für eine der Vertragsparteien insgesamt unzumutbar wird, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. Das Gleiche gilt, falls sich eine Regelungslücke zeigen sollte. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke ist eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem von den Vertragsparteien angestrebten Zweck wirtschaftlich am nächsten kommt. Soweit die Änderungen rechtlich geboten sind, bleibt die Wirksamkeit des Vertrags auch dann erhalten, wenn die geänderten Regelungen für den Auftragnehmer im Verhältnis zu den vorherigen Regelungen deutlich wirtschaftlich nachteilig sind (qualifizierte salvatorische Klausel).

(3) Es gilt deutsches Recht. Alle Verweise auf Rechtsnormen in diesem Vertrag sind dynamischer Natur.

(4) Die nachfolgenden aufgeführten Anlagen sind Bestandteil dieses Vertrages.

(5) Dieser Vertrag ist zweifach ausgefertigt. Jeder Vertragspartner erhält ein Exemplar.

(6) Die Abtretung von Rechten oder Ansprüchen nach diesem Vertrag auf Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der jeweils anderen Vertragspartei zulässig.

Perleberg, den

....., den

Geschäftsführer VGP

Auftragnehmer

Verzeichnis der Anlagen zum Vertrag

Der Inhalt der nachstehenden Anlagen ist nach Maßgabe des Vertrages Bestandteil dieses Vertrages und bildet mit dem Vertragsdokument den einheitlichen Willen der Vertragsparteien.

- Anlage 1: Fahrpläne, Haltestellenliste, Streckenliste VGP, Fahrtenlisten je Los, Umlaufauswertungen je Los für die Lose A, B, C, D und E
- Anlage 2: Allgemeine Anforderungen an die und Mindeststandards der Fahrzeuge
- Anlage 3: Regelung der Abläufe zur Änderung des Fahrplan- und Verkehrsangebots sowie der Qualitätsstandards
- Anlage 4: Angebot des AN, nebst ausgefülltem Preisblatt

Anlage 1 Fahrpläne, Haltestellenliste, Streckenliste, Fahrtenlisten je Los, Umlaufauswertungen für die Lose A, B, C, D und E

Diese Anlage wird in einem gesonderten Ordner dargestellt.

Anlage 2 Allgemeine Anforderungen an die Fahrzeuge und Mindeststandards der Fahrzeuge

1. Allgemeine Anforderungen Fahrzeuge

Alle im Fahrgastbetrieb eingesetzten Kraftfahrzeuge müssen den jeweils gültigen Vorschriften der EU und ECE, der StVZO, der BOKraft, den Unfallverhütungsvorschriften (BGV) der Berufsgenossenschaften entsprechen. Die Förderrichtlinien und Kriterienkataloge des Bundes und des Landes Brandenburg für die Beschaffung von Fahrzeugen des Linienbedarfsverkehrs oder eventuellen anderweitigen Förderung müssen – sofern diese öffentlich gefördert werden – beachtet werden.

2. Fahrzeugseitige Barrierefreiheit

Um eine weitgehende fahrzeugseitige Barrierefreiheit zu gewährleisten, gelten für Fahrzeuge im Linienbedarfsbetrieb im Landkreis Prignitz die folgenden Anforderungen:

- In jedem Los muss mindestens ein barrierefreies Fahrzeug zum Einsatz bereitstehen, dass auf entsprechende Anforderung im Rahmen eines Fahrtenwunsches einzusetzen ist.

Beim Einsatz von PKW; Kleinbussen, einschließlich Taxen von Nachunternehmern, ist im ausreichenden Maße die vorgenannte Vorgabe sicherzustellen.

3. Fahrzeugemissionen und Umsetzung der Clean Vehicles Directive

Bei der Durchführung der Verkehre mit Kraftfahrzeugen / PKW darf nicht hinter den Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz (SaubFahrzeugBeschG) zurückgeblieben werden. Vorgabe der VGP ist, dass in der Fahrzeugklasse M1 und M2 mindestens 38,5 % der neubeschafften Fahrzeuge sauber oder emissionsfrei sind. Davon muss die Hälfte emissionsfrei sein (§ 6 Abs. 1 Sätze 1 und 2 SaubFahrzeugBeschG).

4. Fahrzeugwerbung

Der Auftragnehmer darf die Außenflächen (Beplankung) seiner Fahrzeuge im Rahmen der gesetzlichen Regelungen und der nachfolgend beschriebenen Festlegungen der VGP als Werbeflächen vermarkten. Designtechnisch erforderliche Beklebung von Fensterflächen darf max. 10% der jeweiligen Fensterfläche betragen. Das Überkleben von Fensterfugen ist zu vermeiden. Vorhandene Notausstiegsfunktionen an Fenstern dürfen keinesfalls beeinträchtigt werden. Nicht als Werbung gelten Kennzeichnungen zur Fahrgastinformation und der Außenkennzeichnung der Fahrzeuge.

Die Fahrgastinformation am und im Fahrzeug darf in keiner Weise beeinträchtigt werden. Der Auftragnehmer als Träger der Werbekooperation stellt sicher, dass gesetzliche Vorschriften zur inhaltlichen Gestaltung der Fahrzeugwerbung eingehalten werden. Insbesondere ist die

Darstellung politischer, gewaltverherrlichender, rassistischer und pornografischer Inhalte sowie weltanschauliche Werbung auf den Fahrzeugen nicht zulässig. Werbung für Wettbewerber im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge ÖPNV (vor allem Werbung für MIV und Fahrschulen), Tabakwaren und Alkohol in jeder Form ist nicht erwünscht.

Jegliche Werbung, die mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben als unvereinbar erscheint, ist unzulässig.

Jede Fahrzeugwerbung ist rechtzeitig vor Beauftragung der VGP zur Genehmigung vorzulegen.

5. Weitere Fahrzeugstandards

Die eingesetzten Fahrzeuge im ÖPNV im technisch und optisch einwandfreien Zustand sein. Darüber hinaus sind die folgenden Ausstattungsmerkmale und Qualitätsvorgaben zu erfüllen:

- Das Durchschnittsalter der eingesetzten Fahrzeuge (= Fahrzeugflotte) darf acht (8) Jahre nicht überschreiten.
- Eingesetzte Fahrzeuge dürfen ab der Erstzulassung nicht älter als zehn (10) Jahre alt sein.
- Es müssen die im Beschaffungsjahr geltenden aktuellen Euro-Abgas-Normen und -Lärmvorgaben für alle neuen Neu- und Gebrauchtfahrzeuge erfüllt werden.
- Die Fahrzeuge sind mit einer klimatechnischen Einrichtung für Temperaturabsenkung und Heizung des Fahrgastraumes und der Fahrerkabine auszustatten.
- Der Auftragnehmer gewährleistet die Sauberkeit der Fahrzeuge innen wie außen. Dazu ist ein entsprechendes Reinigungskonzept zu erarbeiten. Das Reinigungskonzept wird Anhang zu dieser Anlage.
 - Die Sauberkeit des inneren Erscheinungsbildes der Fahrzeuge ist durch tägliches Reinigen und Zwischenreinigungen nach Bedarf (ggf. auch auf der Strecke während des Einsatzes) zu gewährleisten.
 - Festgestellte Schäden, Farbschmierereien oder sonstige Mängel sind zeitnah zu beheben.
 - Sicherheitsrelevante Schäden, grobe Verunreinigungen, Graffitis oder verfassungsfeindliche Texte und Symbole sind jedoch unverzüglich nach der Entdeckung zu beseitigen.
 - Inneres Erscheinungsbild: Das Fahrzeug ist sauber und ohne Schaden, wenn der Fußboden frei von groben Verschmutzungen (z. B. Dosen, Flaschen, Scherben, Lebensmittelresten, Papier, Kies etc.) ist, die Wände, Scheiben und Deckenflächen frei von Verschmutzungen und Farbschmierereien sind, die Sitze frei von sichtbaren Mängeln (z. B. Beschädigungen, Schmutz, Schmierereien etc. sind, die Fenster unbeschädigt (nicht verkratzt) und sauber sind.
 - Äußeres Erscheinungsbild: Das Fahrzeug ist sauber und ohne Schaden, wenn die Außenflächen frei von sichtbaren Verschmutzungen (z. B. Graffitis) sind und keine Rost- oder Lackschäden vorhanden sind.

Anlage 3 Regelung der Abläufe zur Änderung des Fahrplan- und Verkehrsangebots sowie der Qualitätsstandards

1. Änderung des Fahrplan- und Verkehrsangebots

1.2. Reichweite möglicher Änderungen des Fahrplan- und Verkehrsangebots

Die tatsächliche Leistungsmenge kann in jedem Kalenderjahr um jeweils 2 % (Toleranzwert) von den Kilometerleistungen i.S.d. **Anlage 1** des jeweiligen Kalenderjahres nach oben oder nach unten abweichen, ohne dass es einer formalen Änderung bedarf. Der dargestellte Tätigkeitsumfang bezieht sich auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags. Der Auftragnehmer stellt im Rahmen sicher, dass die von ihr erbrachten Verkehrsdienste nach Art und Umfang den in diesem Vertrag einschließlich seiner Anlagen festgelegten Anforderungen entsprechen. Veränderbar sind mit Zustimmung der VGP sämtliche Anforderungen an Art und Umfang der Bedienung, die sich aus diesem Vertrag einschließlich seiner Anlagen ergeben. Dazu zählen insbesondere:

- die Einrichtung neuer Linien,
- die Einstellung bestehender Linien,
- die Änderung bestehender Linien, beispielsweise durch Verlegung der
- örtlichen Lage von Haltestellen, die Einrichtung zusätzlicher Haltestellen,
- die Verlängerung oder Verkürzung des Linienwegs, die Änderung von
- Vorgaben für Varianten in der Linienführung,
- die Änderung der in der **Anlage 1** genannten Takte und die Änderung der Betriebszeiten,
- die Änderung von Linienbedarfsverkehren sowie die Umwandlung regulärer Bedienung in bedarfsabhängige Bedienung und umgekehrt,
- die Änderung der Kapazitätsstandards,
- die Änderung von Vorgaben zu Anschlüssen,
- die Erhöhung der Anzahl der Fahrzeuge.

Die Option zur Erweiterung des Bedienangebots erstreckt sich in räumlicher Hinsicht auf das Bediengebiet des jeweils beauftragten Loses. Erfasst ist aber auch die Möglichkeit, Verkehre, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags außerhalb des Bediengebiets (z. B. Verlängerung bestehender Linien oder neue Linien) liegen, einzubeziehen, soweit die VGP dazu ihrerseits vom Landkreis beauftragt wird.

Die VGP kann Änderungen des Grundangebots nach **Anlage 1** in folgendem Umfang vorgeben:

Eine Erweiterung des Umfangs des Verkehrsangebots ist maximal bis zu insgesamt 30 % Mehrleistungen gegenüber dem bei Inkrafttreten geltenden und beschlossenen bzw. geplanten Mengengerüstes (Fahrplankilometer zzgl. Linienbedarfsverkehr-Betriebsstunden) möglich; eine Reduzierung ist nach demselben Maßstab um bis zu insgesamt 10 % möglich.

Die VGP kann die vertragliche Leistung darüber hinaus um ggf. erforderliche zusätzliche Anforderungen oder Dienstleistungen erweitern, die in einem untrennbaren betrieblichen, organisatorischen oder technischen Zusammenhang mit den von diesem Vertrag umfassten Verkehrsdiensten stehen, wenn eine Neuvergabe mit erheblichen Schwierigkeiten oder beträchtlichen Zusatzkosten für die VGP verbunden wäre. Durch solch eine Erweiterung darf der Wert dieses Vertrags bemessen nach den Kosten um nicht mehr als bis zu 25 % des ursprünglichen Wertes erhöht werden. Werden mehrere aufeinanderfolgende Erweiterungen vorgenommen, so gilt diese Beschränkung für den Wert der Summe der Änderungen. Solche aufeinanderfolgenden Änderungen dürfen nicht mit dem Ziel vorgenommen werden, vergaberechtliche Verpflichtungen zu umgehen.

Zur Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens kann das in diesem Vertrag geregelte Grundangebot über die beiden oben genannten Grenzen hinaus um bis zu 100 % ausgeweitet werden. Das Gleiche gilt für die Erreichung der Klimaschutzziele des Landkreises. Voraussetzung für diese klimaschutzpolitisch begründete Mengenausweitung ist, dass diese durch ein Gesetz des Landes Brandenburg oder der Bundesrepublik Deutschland vorgegeben oder gefördert wird (Pariser Klimaschutzabkommen) oder auf einem vom Kreistag beschlossenen Klimaschutzkonzept des Landkreises beruht und die Finanzierung sichergestellt ist. Bei Planungen zur dauerhaften grundlegenden Änderung des Fahrplan- und Verkehrsangebots ist zu berücksichtigen, dass die erreichten Standards mindestens eingehalten werden. Änderungen des Verkehrsangebotes, die sich auf die Kosten auswirken, führen zur Anpassung der Vergütung nach Maßgabe der Regelungen von § 12 Abs. 4 dieses Vertrags.

1.3. Verfahren zur Änderung des Fahrplan- und Verkehrsangebots

Nach § 1 Abs. 3 ÖDA kann die VGP Änderungen des Fahrplanangebots vorgeben, indem sie die Anforderungen an das Grundangebot ändert oder über das geänderte Grundangebot hinaus zusätzliche Fahrten oder Linien veranlasst. Ändert die VGP die Anforderungen an Art und Umfang der Verkehrsbedienung, ist der Auftragnehmer verpflichtet das Angebot an die geänderten Vorgaben anzupassen. Grundsätzlich sollen die Änderungen zum allgemeinen Fahrplanwechsel erfolgen, sie werden rechtzeitig von der VGP kommuniziert werden. Von dem Grundsatz der Änderungen zum Fahrplanwechsel kann z. B. bei Maßnahmen, die eine längere Vorlaufzeit benötigen, und bei Maßnahmen, die wegen ihrer Eilbedürftigkeit aufgrund von Nachfrageänderungen eine unterjährige Umsetzung erfordern, abgewichen werden.

Änderungen des Verkehrsangebotes im vorgenannten Sinne, die sich auf die Vergütung auswirken, führen zur deren Anpassung nach Maßgabe der Regelungen in § 12 Abs. 4 dieses Vertrags

Der Auftragnehmer ist berechtigt, Vorschläge zu Änderungen des Fahrplan- und Verkehrsangebots zu machen. Die VGP ist nicht verpflichtet, diese Vorschläge aufzugreifen.

2. Änderung der Qualitäts- und Sozialstandards

Sämtliche in diesem Vertrag definierten Anforderungen sind veränderbar. Es können auch neue Anforderungen durch die VGP aufgestellt werden. Für die Änderung von Sozialstandards

gilt das nachfolgend dargestellte Verfahren entsprechend.

Bei Planungen zur dauerhaften und grundlegenden Änderung von Qualitätsstandards ist stets zu berücksichtigen, dass die erreichten Standards weiterhin mindestens eingehalten werden.

Bei der Erarbeitung grundlegender Änderungen der Qualitätsstandards (nicht Sozialstandards) ist der jeweils gültige Nahverkehrsplan die maßgebende Orientierungsbasis. Änderungen erfolgen auf Initiative der VGP. Die geplanten Änderungen und – soweit vorhanden – mögliche Alternativen werden zwischen den Vertragspartnern abgestimmt. Der Umsetzungszeitpunkt wird zwischen der VGP und dem Auftragnehmer abgestimmt, das Letztbestimmungsrecht hat die VGP. Die Änderungen sind von der VGP schriftlich festzuhalten und in fortgeschriebenen Anhängen zum Vertrag zu dokumentieren. Die Vergütung wird nach Maßgabe der Regelungen in § 12 Abs. 4 Vertrag entsprechend angepasst.

Die VGP kann die in dem Vertrag und seinen Anlagen geregelten Verpflichtungen um ggf. erforderliche zusätzliche Anforderungen oder Dienstleistungen erweitern, die in einem untrennbaren betrieblichen, organisatorischen oder technischen Zusammenhang mit den von diesem Vertrag umfassten Verkehrsdiensten stehen, wenn eine Neuvergabe mit erheblichen Schwierigkeiten oder beträchtlichen Zusatzkosten für die VGP verbunden wäre. Durch solche Erweiterungen darf der Wert dieses Vertrags bemessen nach den Kosten um nicht mehr als bis zu 25 % des ursprünglichen Wertes erhöht werden; bei mehreren Änderungen ist die Summe der Änderungen maßgeblich. Solche aufeinanderfolgenden Änderungen dürfen nicht mit dem Ziel vorgenommen werden, vergaberechtliche Verpflichtungen zu umgehen. Abweichende technische Lösungen und Antriebstechniken können jedenfalls dann zum Einsatz gebracht werden, wenn diese mindestens die Anforderungen bzw. die sonstigen Bedienungsvorgaben erfüllen und diese im Einvernehmen mit der VGP erfolgen.

Anlage 4 Angebot des AN, nebst ausgefülltem Preisblatt

Diese Anlage besteht aus den vom Auftragnehmer eingereichten und beaufschlagten Angebotsunterlagen und ist in einem gesonderten Ordner dargestellt.